



NEWSLETTER 07/2016

FORUM|MIGRATION



© vege - Fotolia.com

Zu wenige Migrant_innen

Jede_r Fünfte in Deutschland hat einen Migrationshintergrund. Das Personal im öffentlichen Dienst repräsentiert diesen Durchschnitt bei Weitem nicht. Das ist das Ergebnis einer neuen Studie vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung und dem Statistischen Bundesamt.

Demnach liegt der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Bundesverwaltung bei 14,8 Prozent. Damit steht der Bund noch vergleichsweise gut da: In der öffentlichen Verwaltung insgesamt sind es nur 6,7 Prozent. Bei den abhängig Beschäftigten in der Privatwirtschaft hingegen liegt der Wert bei 20,1 Prozent – und entspricht damit etwa dem Anteil an der Gesamtbevölkerung.

Die in der Bundesverwaltung tätigen Menschen mit ausländischen Wurzeln sind überwiegend junge Frauen, die in eher niedrigen Laufbahngruppen beschäftigt sind. Außerdem werden sie doppelt häufig nur befristet eingestellt, wie ihre Kolleg_innen.

Besonders gering ist der Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund im Verteidigungsministerium mit 6,4 Prozent, Spitzenreiter ist das Bundesamt für

Migration und Flüchtlinge mit 24,2 Prozent.

„Es muss uns wachrütteln, dass sie nicht nur schwerer den Weg in die Verwaltung finden, sondern auch überproportional im einfachen und mittleren Dienst vertreten sind und offenbar nicht weiterkommen“ sagte die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD).

Der DGB forderte eine „interkulturelle Öffnung“ in allen deutschen Behörden. „Der Staat verschenkt hier ein Fachkräftepotenzial – und das kann er sich nicht leisten“, sagte die DGB Vizevorsitzende Elke Hannack. Der öffentliche Dienst müsse seinen Anteil an Beschäftigten mit Migrationshintergrund erhöhen. „Wir brauchen auch für Menschen mit Migrationshintergrund einen diskriminierungsfreien Zugang zu öffentlichen Berufen,“ sagte Hannack. „Um das flächendeckend umzusetzen, sind Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung in allen Behörden notwendig.“ Ein Teilhabegesetz für den öffentlichen Dienst müsse endlich auch ausländische Berufsqualifikationen voll anerkennen.

Studie zum Migrationshintergrund in der Bundesverwaltung:
<http://bit.ly/28lpPxA>

INHALT 07/2016

Zu wenige Migrant_innen	1
Die Flucht änderte alles	2
IQ Netzwerk und Bund ziehen Bilanz	2
Anerkennungs-News	2
Arbeitsmarkt: Mehr Flüchtlinge arbeitslos gemeldet	3
Bildungsbericht: Integration von Kindern wird besser	3
Leben in Unsicherheit	3
News + Termine	4
Die Menschen zu Bürgern werden lassen – Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland	5



Porträt Anerkennung: Razan al Munjid

Die Flucht änderte alles

Was Razan al Munjid mitbringt klingt nach einer Grundausstattung für den perfekten Start in ein neues Leben: Die 33-jährige Syrerin spricht neben Arabisch fließend Französisch und Englisch, und mittlerweile auch sehr gut Deutsch. Sie ist ausgebildete Zahnärztin mit vierjähriger Berufserfahrung. Doch al Munjid hat nicht nur ihr syrisches Zeugnis im Gepäck, sondern auch das Grauen des Krieges, das sie nicht loslässt. Und so ist der Weg in den Arbeitsmarkt für die so gut qualifizierte junge Frau schwierig.

Al Munjid lebte als Jugendliche französischen Montpellier und Paris, ihr Vater arbeitete dort. Später ging die Familie nach Bagdad. 2000, da war sie 17, begann al Munjid dort Zahnmedizin zu studieren. „Die Universität war sehr gut“, sagt sie. Doch im März 2003 begann der Krieg der „Koalition der Willigen“ gegen Saddam Hussein. Al Munjid musste Bagdad verlassen. Mit einer Ausnahmegenehmigung konnte sie sich Studienleistungen aus dem Irak in Syrien, anerkennen lassen. Sie setzte ihr Studium in Damaskus fort, 2007 bekam sie ihre Zulassung, um als Zahnärztin zu arbeiten. Eine eigene Praxis wollte sie nicht sofort, al Munjid nahm eine Stelle in einem der staatlichen Gesundheitszentren als Zahnärztin an. 2011 brauch auch in Syrien der Krieg aus.

Ein Jahr ertrug al Munjid die näher an Damaskus heran rückenden Kämpfe. 2012 ging es nicht mehr. Sie zog nach Ägypten, arbeitete in einer Kita, 2013 floh sie weiter nach Istanbul, hielt sich mit Englischunterricht über Wasser. Im Juli 2014 floh sie schließlich weiter nach Berlin.

Al Munjid besuchte den Integrationskurs von Februar bis Mai dieses Jahres, dann den B2-Kurs, auf Kosten des Jobcenters. Im Frühjahr erkundigte sie sich dort nach den Möglichkeiten, in Deutschland als Zahnärztin zu arbeiten. Ihr Zeugnis liegt vor, die Umschreibung wäre „eine Formssache“, sagt al Munjid. Die Sachbearbeiterin klärte sie über die weiteren Anforderungen auf: 6 Monate Praktika, danach die „Kenntnisprüfung“ und ein Abschluss des C1-Kurses Deutsch mit medizinischem Fachsprachanteil. Das Jobcenter würde die Kosten tragen, im Frühjahr 2017 könnte sie als Ärztin anfangen

Doch sie weiß nicht mehr, ob sie das will. Die Flucht erfahrung lässt sie nicht los. „Es ist alles eine extrem traumatische Situation“, sagt sie. Und die lässt sie zweifeln, ob sie sich wirklich um die Zähne der Menschen kümmern will. Stattdessen überlegt sie, soziale Arbeit zu studieren. Eine endgültige Entscheidung zu treffen fällt ihr schwer, die letzten Jahre haben sie psychisch sehr belastet. Doch fürs Erste hat sie sich entschieden, im September den C1-Deutschkurs zu belegen. „Danach kann ich weitersehen.“

IQ Netzwerk und Bund ziehen Bilanz

In den letzten vier Jahren hat das IQ Netzwerk über 70.000 Menschen zur Anerkennung ihrer ausländischen Berufsqualifikation beraten. Jetzt legt das Programm eine Auswertung vor. Das Ergebnis: Unter den Klient_innen sind überdurchschnittlich viele Frauen (58,4 %), viele der Ratsuchenden wollen in Deutschland als Lehrer_in (10,7 %) oder Ingenieur_in (8,8 %) arbeiten. Unter den Flüchtlingen war sogar jede_r sechste (15,8 %) Ingenieur_in. Auch das Bundesbildungsministerium zog Bilanz.

Kaum jemand erkundigte sich schon aus dem Ausland über die Anerkennungsmodalitäten (5,2 %), so das IQ Netzwerk. Ein Großteil der Anfragenden (43,5 %) jedoch beginnt im ersten Jahr nach der Ankunft mit den Erkundigungen.

Insgesamt erschienen Menschen aus 176 Nationen in den Beratungsstellen. Über ein Drittel der anzuerkennenden Abschlüsse jedoch stammte aus nur vier Ländern: Polen, Syrien, Russland und der Ukraine. Ebenfalls über ein Drittel stammte aus einem Staat der EU-28. Die meisten der Ratsuchenden (88 %) wurden in eine Qualifizierungsmaßnahme vermittelt.

Die Gleichwertigkeitsprüfung durch die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen endete in der Hälfte (49,6 %) aller Fälle mit der Auflage einer

Ausgleichsmaßnahme. Dabei handelt es sich um Prüfungen oder Lehrgänge, die die Antragsteller_innen absolvieren müssen, um in ihrem in Deutschland reglementierten Beruf arbeiten zu dürfen. Jede fünfte Gleichwertigkeitsprüfung endete mit der Anerkennung der vollen Gleichwertigkeit, ohne weitere Maßnahmen. Etwa ein Viertel bekam einen Bescheid über die teilweise Gleichwertigkeit für einen nicht reglementierten deutschen Referenzberuf. 8,6 % der Ratsuchenden gaben an, dass ihr Antrag abgelehnt wurde.

Auch die Bundesregierung legte derweil einen Bericht zum Anerkennungsgesetz 2016 vor. Seit Einführung des Rechtsanspruchs auf ein Anerkennungsverfahren vor vier Jahren ist demnach die Zahl der Anträge deutlich gewachsen. Zwischen 2012 und 2014 wurden mehr als 44.000 Anträge auf Berufserkennung allein für bundesrechtlich geregelte Berufe gestellt, davon gut 17.600 Anträge im Jahr 2014. „Die Anerkennung der Berufe ist immer noch zu stark auf wenige Berufe begrenzt“, sagt dazu Daniel Weber vom DGB Bildungswerk. Es seien weiterhin „große Anstrengungen nötig, um auch die klassischen Handwerks- und IHK-Ausbildungsberufe in Anerkennungsverfahren zu bringen.“

 Daten zur Anerkennungsberatung: <http://bit.ly/28KDOHT>
 Bericht der Bundesregierung: <http://bit.ly/28Kd7yk>

Anerkennungs-News

Fehlende Zeugnisse? Hier gibt es Hilfe

Wer im Ausland einen Abschluss erworben hat, aber nicht alle Dokumente mitbringen konnte, kann seine Kompetenzen mit einer Qualifikationsanalyse nachweisen – etwa durch eine Arbeitsprobe, Fachgespräch oder Probearbeit. Informationen bietet das Bundesinstitut für Berufsbildung mit seinem Projekt „Prototyping Transfer“.

 <http://bit.ly/28ls6c7>

Mehr Syrer_innen lassen Abschluss anerkennen

Die Beratungsstellen der Kammern verzeichnen einen starken Anstieg der Nachfrage von Syrer_innen für die Anerkennung. Vor dem Krieg meldeten sich im Quartal 25 Syrer_innen bei der IHK FOSA (Foreign Skills Approval), heute seien es 1.700 im Quartal, berichtet die Welt. „Wir gehen davon aus, dass es kontinuierlich mehr Anträge geben wird,“ sagt die Geschäftsführerin der IHK FOSA, Heike Klembt-Kriegel. Das unternehmernahe Institut der Deutschen Wirtschaft (IW)

hat derweil festgestellt, dass viele syrische Flüchtlinge eine ausreichende schulische Bildung haben, um in Deutschland eine duale Ausbildung zu beginnen. Rund 70 Prozent der syrischen Schüler_innen besuchten demzufolge eine so genannte Sekundarschule. Sie bringen „bereits Berufsqualifikationen mit, an die in Deutschland angeknüpft werden kann“, so das IW.

 <http://bit.ly/28V2a1U>

Förderprogramm für ausländische Ingenieure

Die Hochschule Kaiserslautern startet am Campus Zweibrücken eine erste 12-monatige ingenieurwissenschaftliche Qualifizierung für Zugewanderte, die bereits im Herkunftsland ein Hochschulstudium abgeschlossen haben. Über zwölf Monate erhalten sie eine Ausbildung an der Hochschule und in einem Unternehmen. Während der Qualifizierung können die Studierenden auf dem Campus wohnen, für den Lebensunterhalt bekommen sie weiter Geld von Arbeitsagentur oder Jobcenter.

 www.pro-mst.de



Arbeitsmarkt: Mehr Flüchtlinge arbeitslos gemeldet

Die starke Fluchtmigration hat „zunehmend sichtbare“ Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt, so die Bundesagentur für Arbeit. Nach ihrem Frühjahrsericht ist die Arbeitslosigkeit von Personen aus den wichtigsten nicht-europäischen „Asylzugangsländern“ im April um 90 Prozent oder 64.000 gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Insgesamt waren 136.000 Männer und Frauen aus diesen Ländern arbeitslos gemeldet.

Asylbewerber_innen und Flüchtlinge werden in den Arbeitsmarktstatistiken nicht ausgewiesen. Hilfsweise errechnet die Agentur die Werte für Personen mit einer Staatsangehörigkeit aus den wichtigsten Ländern, aus denen Flüchtlinge stammen. Dies sind Afghanistan, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Eritrea, Irak, Iran, Kosovo, Mazedonien, Nigeria, Pakistan, Russische Föderation, Serbien, Somalia, Syrien und die Ukraine. Insgesamt waren im April 14.100 Ausländer_innen aus diesen Ländern gemeldet, die nach einer Ausbildungsstelle suchten – ein Plus von 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Anstieg beruhe ausschließlich auf Bewerber_innen, die von außerhalb Europas stammen. Das waren 5.700 Bewerber_innen.

Im Verhältnis zu den rund eine Million im letzten Jahr Eingereisten sind das noch sehr wenige. Konjunkturforscher gehen allerdings davon aus, dass arbeitsuchende Flüchtlinge ab dem Spätsommer verstärkt auf den Arbeitsmarkt drängen. Bis dahin dürften viele der im Vorjahr nach Deutschland Gekommenen das Asylverfahren durchlaufen und sich arbeitslos gemeldet haben. Gegenüber der dpa sagte Commerzbank-Volkswirt Eckart Tuchfeld, er rechne mit „kräftigen Impulsen in Sachen Flüchtlingsarbeitslosigkeit“ ab dem Spätsommer. Heiko Peters von der Deutschen Bank rechnet mit einem Anstieg von 15.000 bis 20.000 Arbeitslosen aus den Asylzugangsländern pro Monat. Seit Ende 2015 war diese Zahl bislang monatlich um rund 10.000 gestiegen. Felix Schröter vom Münchner Ifo-Institut verwies auf die weiter lange Bearbeitungszeit von Asylanträgen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Daher sei „mit dem Flüchtlingseffekt auf dem Arbeitsmarkt wohl erst in der zweiten Jahreshälfte zu rechnen“. Fast alle Großbanken und Konjunkturforschungsinstitute haben ihre Arbeitslosenprognosen korrigiert. Sie rechnen nur noch mit einem Rückgang der durchschnittlichen Jahresarbeitslosigkeit um 50.000 bis 70.000 Menschen – statt bis zu 100.000, wie zuvor angenommen.

Die Bundesregierung plant, die so genannten „Vorrangprüfungen“ für die Annahme eines Jobs durch Flüchtlinge für drei Jahre auszusetzen. Damit wäre automatisch auch das Beschäftigungsverbot für Flüchtlinge in der Zeitarbeit außer Kraft, die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände befürwortete dies. Annelie Buntenbach vom DGB Bundesvorstand hingegen wies den Vorstoß zurück: „Zeitarbeit ist vielfach nicht der Weg in den ersten Arbeitsmarkt.“ Die Hälfte der Arbeitsverhältnisse dauere nicht länger als drei Monate, das sei „nicht unser Interesse.“ Die stellvertretende DGB Vorsitzende Elke Hannack erneuerte ihre Forderung nach mehr Hilfen für Geflüchtete und für Betriebe, um Ausbildung zu ermöglichen. „Ausbildungsbegleitende Hilfen und Assistierte Ausbildung müssen ausgebaut werden“, sagte Hannack. Ab 2017 drohe „verschärfter Ausbildungsplatzmangel“. Sie forderte deshalb mehr betriebliche Ausbildungsplätze; in Regionen mit angespanntem Ausbildungsmarkt müsse ein Bündler-Programm für außerbetriebliche Ausbildung sorgen. „All diese Fördermaßnahmen müssen Geflüchteten und Einheimischen offenstehen“, sagte Hannack.

Bildungsbericht: Integration von Kindern wird besser

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ins deutsche Bildungssystem gelingt vor allem bei kleinen Kindern immer besser. Dieses Fazit ziehen die Autor_innen des Nationalen Bildungsberichts. Demnach hat sich der Anteil der unter Dreijährigen mit Migrationshintergrund, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, seit 2009 auf 22 % im Jahr 2015 verdoppelt. Bei den Kindern ohne Migrationshintergrund allerdings sind es 38 %. Im Kindergartenalter liegt die so genannte Bildungsbeteiligung sogar bei 90 %,

während gleichaltrige Kinder ohne Migrationshintergrund zu 97 % in den Kindergarten gehen.

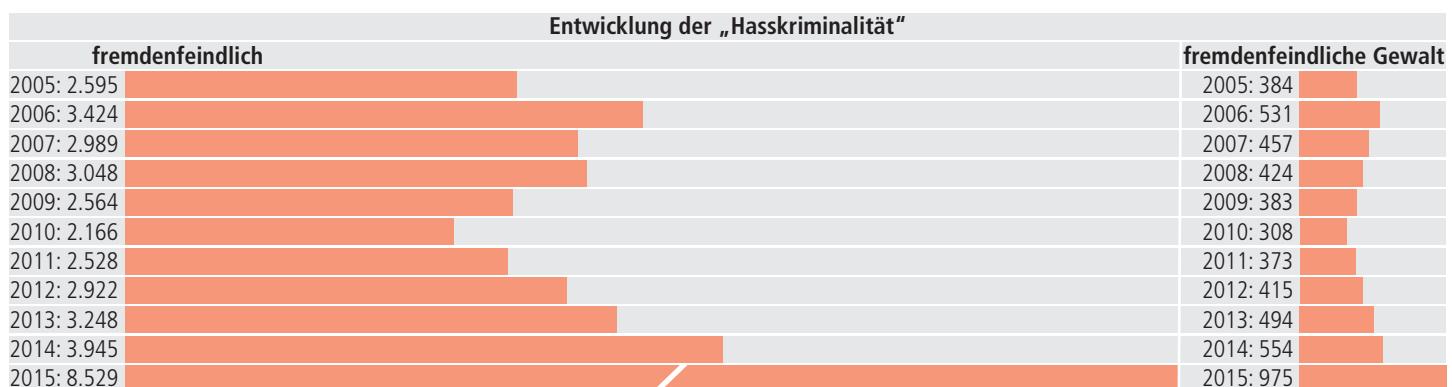
Autor Kai Maaz warnte jedoch vor anhaltenden Strukturproblemen durch soziale Ungleichheit: „Der Zugang zu Bildung erfolgt nach wie vor unter sehr unterschiedlichen Voraussetzungen.“ Die sozioökonomische Herkunft, die oftmals mit dem Migrationshintergrund in Verbindung stehe, übe weiterhin einen starken Einfluss auf den Bildungserfolg aus. So verließen ausländische Jugendliche mehr als doppelt so häufig die Schule

ohne Hauptschulabschluss und erreichten dreimal seltener die Hochschulreife. Die GEW erklärte, dass sozialer und ethnischer Ausgrenzung systematisch begegnet werden müsse. Dies gelinge am besten durch inklusive Ganztagsangebote im Zusammenspiel mit strukturellen Reformmaßnahmen, die Bildungseinrichtungen stärker für die Gesellschaft öffnen, sagte die GEW Vorsitzende Marlis Tepe. „Gute Bildung für alle Menschen fördert gesellschaftliche Integration.“

 www.bildungsbericht.de

Leben in Unsicherheit

Amnesty International Studie und Petition: „Der deutsche Staat schützt Geflüchtete und andere People of Color nicht ausreichend vor Angriffen“



 Zur Petition an die Bundesregierung von Amnesty International: <http://bit.ly/1TXRAm6> · Quellen: BMI 2016, Amnesty International 2016



News + Termine

Mindestlohn: Kontrolleure kontrollieren nicht

Im vergangenen Jahr sind bundesweit Bußgelder in Höhe von lediglich knapp 200.000 Euro gegen Arbeitgeber verhängt worden, die den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde unterlaufen haben. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit beim Zoll führte bundesweit 705 entsprechende Ermittlungsverfahren. Das geht aus einer Anfrage der Linken-Bundestagsfraktion hervor. „Wir würden uns deutlich intensivere Kontrollen wünschen“, sagt dazu Jochen Empen von der DGB Beratungsstelle Faire Mobilität. Bei mobilen Beschäftigten gebe es „häufiger Zweifel“, ob der Mindestlohn tatsächlich erfüllt ist. Oft werde die Arbeitszeit unvergütet überschritten, auch Akkordarbeit diene teils dazu, den Mindestlohn zu umgehen. „Das ist schwierig nachzuweisen, da braucht es Kontrollen, die in die Tiefe gehen; es reicht da nicht, nicht nur ein Papier anzuschauen“, so Empen.

Asyl: Weniger Flüchtlinge kommen

Die Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge hat sich auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau eingependelt: Im Mai wurden ähnlich wie im Vorvorjahr rund 16.000 Neuzugänge im Easy-System zur Verteilung auf die Bundesländer erstmals registriert. Anlässlich des Weltflüchtlingstags am 20. Juni warnte Pro Asyl vor einer Aushöhlung des Asylrechts. „Bald wird es nur noch auf dem Papier existieren, faktisch für Schutzsuchende aber nicht mehr erreichbar sein“, sagte Geschäftsführer Günter Burkhardt. Pro Asyl hatte gemeinsam mit dem DGB und rund 40 weiteren Organisationen am 19. Juni deutschlandweit zu Menschenketten gegen Rassismus aufgerufen. Mehrere zehntausend Menschen nahmen an den Aktionen teil.

Geburtstag: „Vielfalt-Mediathek“ lädt ein

Fast 25 Jahre sind vergangen, seit das erste Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Gewalt aufgelegt worden ist. Seit 10 Jahren sammelt, archiviert und verleiht die Vielfalt-Mediathek Materialien der unterschiedlichen Förderprogramme. Auf der Jubiläumstagung am 12. und 13. September in Fulda will die Vielfalt-Mediathek in Kooperation mit dem DGB Bildungswerk Bund gemeinsam mit Wissenschaftler_innen diskutieren und sich austauschen.

Anmeldung: <http://www.idaev.de>

Sonderheft: Altern in der Einwanderungs-gesellschaft

Nie zuvor haben so viele ältere Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und Religionen in Deutschland gelebt. Viele kamen als Gastarbeiter und wollten später zurückkehren in ihre Heimat. Jetzt haben sie das Rentenalter erreicht, haben ihre Lebensmitte in

Deutschland gefunden oder pendeln zwischen der alten und neuen Heimat. Derzeit stellen die Menschen mit Migrationshintergrund, sei es Arbeitsmigrant oder Geflüchteter, Politik und Gesellschaft vor eine neue Integrationsaufgabe. Was wird aus den Menschen, wenn sie alt, krank und pflegebedürftig werden? Wie lassen sich Sprachbarrieren und Ängste gegenüber den Behörden abbauen? Diesen Themen widmet sich das neue Sonderheft des Magazins „Pro Alter“.

<http://bit.ly/28JzLrQ>

Kirchenasyle: Neuer Rekord

Die Zahl der Kirchenasyle ist im vergangenen Jahr auf insgesamt 620 Fälle und 1015 betroffene Flüchtlinge gestiegen. Dies sei der höchste bisher registrierte Stand in einem Jahr, teilte die Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Asyl mit. Unter den auf diese Weise geschützten Menschen waren 243 Kinder und Jugendliche. In 416 Fällen wurden die Kirchenasyle neu begonnen. Die Geflüchteten fanden Schutz in evangelischen, katholischen und freikirchlichen Gemeinden, in Kirchenkreisen, Klöstern und Studierendengemeinden und waren so vor Abschiebung geschützt. „Das zeigt: Eintreten für Geflüchtete und die Wahrung ihrer Menschenrechte ist nötiger denn je“, erklärte die Vorsitzende der BAG, Dietlind Jochims.

Pro Vielfalt: Interkulturelle Woche 2016

„Vielfalt. Das Beste gegen Einfalt“ ist das diesjährige Motto der Interkulturellen Woche. „Dieser bunten Gegenwart gehört auch die Zukunft. Mit Angst und Abgrenzung ist kein Staat zu machen“, heißt es im gemeinsamen Wort der Kirchen zu der Veranstaltungsreihe. Die zunehmende Zahl von Anschlägen auf Moscheen, die unzähligen antisemitischen Übergriffe und die anhaltende Gewalt gegen Flüchtlinge und deren Unterkünfte sollen im Rahmen der IKW thematisiert werden. Sie findet seit 1975 statt und wird von Kirchen, Kommunen, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Integrationsbeiräten und -beauftragten, Migrantenorganisationen und Initiativgruppen unterstützt. In mehr als 500 Städten und Gemeinden werden rund 5.000 Veranstaltungen durchgeführt.

<http://www.interkulturellewoche.de>

Rassismus und Heteronormativität: Neue Broschüren von GEW und Kumpelverein „Gelbe Hand“

Der gewerkschaftliche Kumpelverein „Gelbe Hand“ hat eine neue Handreichung für Aktive in der Arbeitswelt erstellt. Die Broschüre mit dem Titel „Flüchtlinge schützen, Rassismus entgegentreten“ steht zum Download und zur Bestellung auf der Webseite bereit:

<http://www.gelbehand.de/informiere-dich/publikationen>

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hilft Lehrkräften und Eltern mit Argumenten gegen Diskriminierung von Kindern jenseits der Heteronorm oder aus Regenbogenfamilien mit ihrer neuen Broschüre „Für eine Pädagogik der Vielfalt“.

<http://bit.ly/28KpE4v>

Bitte folgen: @ForumMigration

Das DGB Bildungswerk auf Twitter mit aktuellen Nachrichten zu Migration, Vielfalt und Arbeitswelt.

Mentor_innenausbildung für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt Nordrhein-Westfalen

Teil I: 02. bis 03. September 2016

Teil II: 09. bis 10. September 2016

Veranstaltungsort: Düsseldorf

Berlin-Brandenburg und Sachsen

Teil I: 09. bis 10. September 2016

Teil II: 16. bis 17. September 2016

Veranstaltungsort: Leipzig

Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen

Teil I: 16. bis 17. September 2016

Teil II: 23. bis 24. September 2016

Veranstaltungsort: Hannover

Hessen, Thüringen, Rheinland-Pfalz, Saarland

Teil I: 23. bis 24. September 2016

Teil II: 30. September bis 01. Oktober 2016

Veranstaltungsort: Mainz

Baden-Württemberg

Teil I: 07. bis 08. Oktober 2016

Teil II: 14. bis 15. Oktober 2016

Veranstaltungsort: Stuttgart

Ausbildung zur Betrieblichen Fachkraft ANERKENNUNG

18. bis 23. September 2016

Veranstaltungsort: Steinbach/Taunus

Tagung: ANERKENNT! Gute Praxis für eine Anerkennungskultur in der Arbeitswelt

20. Oktober 2016

Veranstaltungsort: Düsseldorf

Die Welt in Bewegung – Flucht, Arbeitsmigration und Einwanderungspolitik heute

23. bis 28. Oktober 2016

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Weiterbildung zur Lernberaterin/zum Lernberater für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt

Teil I: 10. bis 12. November 2016

Veranstaltungsort: Hamburg

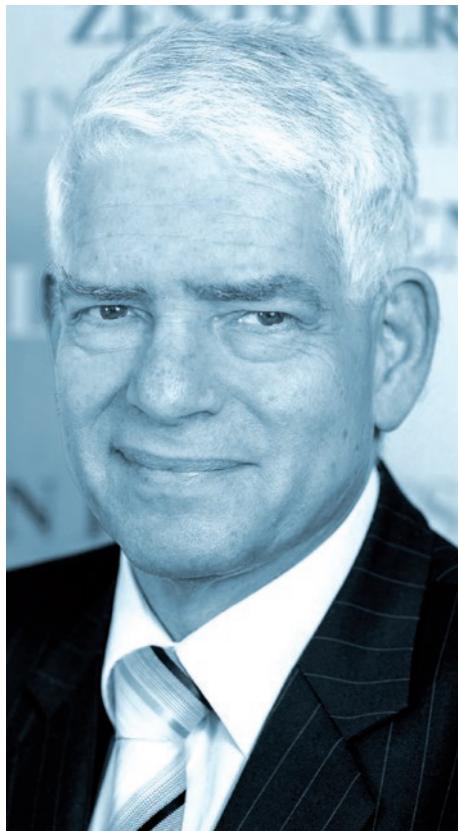
Teil II: 17. bis 19. November 2016

Veranstaltungsort: Hattingen

Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:
<http://bit.ly/1Jv9okq>



Die Menschen zu Bürgern werden lassen



© Zentralrat/Andreas Kneitz

Kommentar von Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland

Die Zahl rechtsextremer Straf- und Gewalttaten hat im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand erreicht. Die Polizei registrierte gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg der rechtsextremen Straftaten um 35 Prozent. Vor allem haben die Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte um ein Vielfaches zugenommen.

Diese Ergebnisse der neuesten polizeilichen Kriminalstatistik sind erschreckend. Sie zeigen uns, wie sehr das gesellschaftliche Klima in Deutschland vergiftet ist, wie sehr die Agitationen von rechtsextremen Parteien und Rechtspopulisten bereits Wirkung zeigen.

In Deutschland und seinen Nachbarländern gibt es leider viele beunruhigende politische und gesellschaftliche Entwicklungen. Die Wahlerfolge der AfD bei den Landtagswahlen im März, das neue Grundsatzprogramm der AfD, das klar religionsfeindlich zu nennen ist sowie jüngst die Präsidenten-Wahl in Österreich führen uns vor Augen: Die Länder driften nach rechts. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist gefährdet.

Es ist bitter, diese Entwicklung als Realität anzuerkennen. Denn im vergangenen Jahr haben so

viele Menschen wie nie zuvor in einem Jahr bei uns Zuflucht gesucht – gerade weil Deutschland ein sicherer und demokratischer Rechtsstaat ist. Und seit dem vergangenen Jahr erleben wir eine Willkommenskultur, wie ich sie nicht für möglich gehalten hätte und die mich bis heute sehr berührt.

Daher gilt jetzt umso mehr: Von den Erfolgen am rechten Rand dürfen wir uns nicht entmutigen lassen! Die Zivilgesellschaft ist gefragt. Gewerkschaften, Kirchen, die Wirtschaft, Umweltverbände und Kulturschaffende sind ebenso wie die jüdische Gemeinschaft in Deutschland bereits aufgestanden: Wir lassen uns nicht einschütern! Wir halten unseren Wertekodex und unsere demokratischen Errungenschaften dagegen!

Anfang des Jahres hat sich auf Initiative des DGB die „Allianz für Weltoffenheit“ gebildet. Auch der Zentralrat der Juden in Deutschland gehört zu den Gründungsmitgliedern. Im Aufruf der Allianz heißt es: „In Deutschland leben seit Jahrzehnten Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion zusammen. Der im Grundgesetz verankerte Schutz der Menschenwürde gilt für alle Menschen, gleich ob sie seit Generationen hier leben, zugewandert oder als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind.“ Und: „Gerade in Krisenzeiten dürfen wir die rechtsstaatlichen, sozialen und humanitären Errungenschaften unserer Gesellschaft nicht aufgeben. Die Würde des Menschen zu schützen, ist unser Ziel.“

Dieses Ziel dürfen wir auch in diesem Jahr, in dem die Zahl der Flüchtlinge deutlich zurückgegangen ist, nicht aus den Augen verlieren. Wir dürfen jetzt nicht den Fehler machen zu denken, nun löse sich alles von selbst in Wohlgefallen auf.

Die Flüchtlinge, die jetzt in unserem Land leben, brauchen weiterhin unsere Unterstützung. Aus der Erfahrung der neunziger Jahre mit unseren damals neuen jüdischen Gemeindemitgliedern aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion wissen wir: Je schneller die Neuankömmlinge Deutsch lernen und eine Arbeit finden, desto besser.

Den jüdischen Zuwanderern wurden in den neunziger Jahren häufig viele Steine in den Weg gelegt. Ihre Berufsabschlüsse wurden nicht anerkannt. Sie mussten Jobs annehmen, für die sie eigentlich völlig überqualifiziert waren. Inzwischen hat sich die gesetzliche Lage etwas verbessert. Für jene Flüchtlinge, die qualifiziert sind, sollten sich auch heute unbürokratische Wege in den deutschen Arbeitsmarkt finden. Sie

verdrängen dort niemanden. Deutschland sucht in vielen Branchen dringend Fachkräfte.

Wir möchten, dass die, die Asyl erhalten, Bürger dieses Landes werden. Das bedeutet jedoch mehr, als sich einigermaßen verständigen und Geld verdienen zu können. Es bedeutet, unsere Wertvorstellungen und unsere Kultur anzuerkennen, die „kulturelle Erbschaft“ Deutschlands nicht auszuschlagen, wie Bundespräsident Joachim Gauck es ausgedrückt hat. Er hat gesagt: „Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz.“

Null Toleranz für Antisemitismus, die Erinnerung an die Schoa, das Anerkennen der deutschen Verantwortung und das Eintreten für das Existenzrecht Israels – das sind für die jüdische Gemeinschaft zentrale Werte, die jeder Bürger in Deutschland verinnerlichen muss – egal, welcher Herkunft und Religion.

Wenn die hohe Zahl an Flüchtlingen auch dazu führt, dass sich die gesamte Gesellschaft wieder stärker zu diesen Werten bekennt – dann haben wir alle etwas gewonnen!

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.

Vorsitzende: Elke Hannack

Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber

Koordination: Michaela Dälken

Redaktion: Christian Jakob, Berlin

Layout/Satz: ideeal, Essen

Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.

Bereich Migration & Gleichberechtigung

Hans-Böckler-Straße 39

40476 Düsseldorf

Telefon 02 11/43 01-1 99

Telefax 02 11/43 01-1 34

migration@dgb-bildungswerk.de

www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNTE gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

